

Saale-Beitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzahl oder deren Raum mit 20 Pfg., folche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von untern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 M.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I.; Telefon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmaler Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., anst. d. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Beitung“ eingetragen. Für unvollständig eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Abdruck mit oder ohne Quellenangabe: „Saale-Beitung“ gestattet. Herausgeber der Redaktion Str. 114/2; der Abonnement-Verwaltung Nr. 1133.

Nr. 368.

Halle a. S., Dienstag, den 9. August.

1910.

Der panamerikanische Kongress in Buenos Aires.

Wenn die Pläne gewisser nordamerikanischer Politiker, ein System gegenseitiger Zollsenkung zwischen den verschiedenen Staaten Amerikas, namentlich zwischen den Vereinigten Staaten und den Schwesterrepubliken, zu verwirklichen gelangen, so würden der europäische Ausfuhrhandel und die auf seine Vermittlung angewiesene Industrie die lebendigen Teile sein. Dies ist ja auch gerade das Ziel der nordamerikanischen Hochschutzzöllner, die sich besonders für den Panamerikanismus begeistern. Ihre eigene Wirtschaftspolitik steigert die Preise und schwächt dadurch die Ausfuhrfähigkeit. Um diese Nachteile auszugleichen, will man sich die Märkte der übrigen amerikanischen Staaten unter möglicher Fernhaltung der Konkurrenz der Länder Europas reservieren. In einem Falle, in Kuba, hat diese Richtung bereits einen markanten Erfolg errungen. Dort brauchte man allerdings auch nicht um die Begründung für das Vorgehen verlegen zu sein. Die Berufung auf die großen Verdienste, die sich die Vereinigten Staaten durch Unterstüßung der Insel bei ihrem Unabhängigkeitskampfe und ihrer Einrichtung als selbständiger Staat erworben haben, genigte, und auch für die eine oder andere der kleineren Republiken werden sich vielleicht in Zukunft ähnliche Gründe finden lassen. Im allgemeinen muß man sich mit der Monroe Doktrin befassen, die einen höchst fadensteigigen Normord darstellt. Sie ist als Formel zur Abwehr gegen europäische Eroberungsgelüste entstanden und längst überflüssig geworden, weil keine Macht Europas daran denkt, in Amerika Eroberungen zu machen. Europa würde sich nichts vergeben, wenn es allgemein die Monroe Doktrin ausdrücklich anerkennen würde, dadurch aber gleichzeitig den in manchen Republiken noch bestehenden, von den Vereinigten Staaten sorgfältig genährten Vorurteilen den Boden entziehen und den Mißbrauch unmöglich machen, der seit geraumer Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete mit der Monroe Doktrin getrieben wird. Damit würde der Idee des Panamerikanismus ein schwerer Schlag verfehrt werden.

Aus der praktischen Verwirklichung dieser Idee wird allerdings vielleicht auch ohne Nachhilfe der europäischen Mächte nicht viel werden. Ganz unerkennbar ist das Hervortreten einer Gegenbewegung auf dem amerikanischen Kontinente selbst. Die süd- und mittelamerikanischen Republiken erkennen immer mehr, daß die ihnen durch das System der Gegenseitigkeitsverträge in Aussicht gestellten Vorteile ganz einseitiger Natur sind. Sie kommen allein der Industrie der Vereinigten Staaten zugute, die bei Zollermäßigungen in den südlichen Republiken natürlich ihren Absatz erweitern wird, wenn die europäischen Konkurrenz von ihnen ausgeschlossen bleibt. Gerade das letztere bezwecken aber die „Gegenseitigkeitsverträge“, auf deren Abschluß die Nordamerikaner scharf bestehen. Ob die Zölle im übrigen Amerika hoch oder niedrig sind, ist der Ausfuhrindustrie von Newyork, Pennsylvanien usw. ziemlich gleichgültig, wenn nur europäische Waren höherer Güte als ihre eigenen Erzeugnisse bezahlet müssen. Die Vorteile, die die Vereinigten Staaten als Gegenseitigkeit anbieten, sind fast durchweg so minimal, daß sie überhaupt ernstlich nicht in Betracht kommen. Die Erleichterung, die der Einfuhr kubanischer Zuckers zuteil geworden ist, steht einzig da. Was die anderen amerikanischen Staaten an Zuder ausführen könnten, ist eben nicht viel. Wenn es ausreichte, um den durch die Einfuhr aus Kuba usw. nicht gedeckten Reifbedarf zu liefern, so würde sich der Vorteil wieder in Dunkel auflösen, weil sich dann die amerikanischen Staaten untereinander eine so scharfe Konkurrenz bereiten würden, daß sich die Nachfrage das Preisniveau bestimmte. Ein solches Vorgehen hat doch nur dann einen Wert, wenn andere, die für dieselben Leistungen höhere Gebühren entrichten müssen, davon ausgeschlossen sind. Typisch für die ungeliebte Vertragspolitik der süd- und mittelamerikanischen Staaten ist der Vorteil, den der brasilianische Kaffee in den Vereinigten Staaten genießt. Von der ihm vertragsmäßig eingeräumten Zollfreiheit sind die anderen amerikanischen Kaffeestaaten, wie Guatemala, Nicaragua, Columbia, Haiti, ausgeschlossen. Brasilien hat aber kaum einen Vorteil davon, weil es für seinen Kaffee in Newyork auf keine höheren Preise erzielt, als dem Weltmarktpreise entspricht, und Europa leidet keinen Schaden, weil es Kaffee nicht erzeugt.

Diesen Erwägungen verschließen sich zahlreiche amerikanische Republiken nicht. Mehr Argentinien, das auf der letzten Haager Friedenskonferenz mit seiner völkerrechtlichen Prago-Kalvo-Rede (Verbot zur Einführung privatrechtlicher Forderungen von schwächeren Staaten Waffen gegen angewandten) im Gegensatz zu Europa stand und die Vereinigten Staaten um Unterstützung anging, hat von jeder das System der Gegenseitigkeitsverträge scharf bekämpft. Und eben sagt wieder ein führender argentinisches Blatt: „Amerika für die Amerikaner will der Panamerikanismus bedeuten, aber Amerika für die Nordamerikaner bedeutet er, das wollen wir nicht.“ Diese Aeußerung fiel um so

mehr ins Gewicht, als sie dem in Argentinien Hauptstadt tagenden vierten panamerikanischen Kongresse gewidmet war. Der Kongress wird dann wohl auch faum Folgen haben, mit denen die nordamerikanischen Hochschutzzöllner zufrieden sein können.

Deutschland ist in der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen nach Mittel- und Südamerika einer der Hauptkonkurrenten der Vereinigten Staaten. Das gegenzeichnete Vorgehen nach einer Einschränkung des europäischen Wettbewerbes richtet sich also auch in erster Linie gegen Deutschland. Erfolgreich ist es, daß wir diesmal nicht wieder der leidende Teil sein dürfen.

32. Deutscher Hausbesitzertag.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Braunshweig, 8. Aug.

In Gegenwart von Vertretern des Herzoglich Braunschweigischen Staatsministeriums, der Stadt Braunschweig, der Handelskammer und der Handwerkerkammer in Braunschweig trat heute vormittag im großen Saale des „Wilschelmgartens“ die erste Hauptversammlung des Zentralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands zusammen. Vertreter sind u. a. 17 Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, zwei Breslauer Vereine, drei Charlottenburger, vier Dresdener, zwei Vereine aus Halle, zwei Hamburger, zwei Königsberger, 19 Leipziger, drei Magdeburger, zwei Stettiner und zwei Zwickauer Vereine. Der geschäftsführende Vorsitzende, Justizrat Dr. Baumert (Spanbau), eröffnete die Verhandlungen mit einem Bericht über die gegenwärtige Lage des städtischen Haus- und Grundbesitzes in Deutschland. Man könne wohl sagen, daß trotz der Steuern und anderen Beschränkungen, denen der Haus- und Grundbesitz ausgesetzt sei, doch ein Erfolg dadurch erzielt sei, daß sich überall Hausbesitzervereine zur Abwehr zusammenschlossen und sich an den Zentralverband angeschlossen. Insofern sei das letzte Jahr besonders gewinnbringend und fruchtbar für den Zentralverband gewesen. Man beschloß darauf die Abendung eines Subjunktions-Telegrammes an den Kaiser.

Hierauf nahm namens des Braunschweigischen Staatsministeriums Geh. Finanzrat Renner das Wort. Er wies darauf hin, daß Fragen von großer und allgemeiner Bedeutung auf der Tagesordnung des Verbandstages stehen. Es sei nicht zu verkennen, daß der städtische Haus- und Grundbesitz heute großen Schwierigkeiten ausgesetzt sei und daß er auch ein Recht darauf habe, daß er möglichst gefördert werde. Oberbürgermeister Reetzmann er führte in großangelegter Rede aus, daß man es dem städtischen Haus- und Grundbesitz nicht verdenten könne, wenn er sich gegen die Wertzuwachssteuer und andere neuere Belastungen mit aller Energie wende.

In seiner Erwiderung auf diese Ausführungen meinte der Vorsitzende Justizrat Dr. Baumert, daß der Haus- und Grundbesitz dem Kaiser gerne gebe, was des Kaisers ist, er könne aber nicht die alleinige ausschließliche Steuerquelle sein. Gegen die Forderung, daß das Reich neuerdings den Haus- und Grundbesitz belasten wolle, müßten sich die Kommunen schon aus Gründen der Selbsthaltung wenden. Wenn Reich und Staat den Hausbesitz so stark belasten, verlieren die Städte ihre besten Steuerkräfte. Es wäre besser, daß das Reich sich andere Steuerquellen erschaffe, damit die Städte mit dem Haus- und Grundbesitz bessere Geschäfte machen könnten. Warum schaffe man nicht Kohlen- und Kalkausfuhrzölle, zumal da wir ein Kalzimonopol besitzen.

In das Bureau wurden gewählt: Justizrat Dr. Baumert (Spanbau), Stadtrat Kniffel (Leipzig), Landtagsabgeordneter Meyerhoff (Braunschweig), Major Rehr v. Reichenstein (Berlin), Architekt Biffing (Berlin), Rechtsanwalt Dr. Strauß (München), Schuldirektor Krüger (Hamburg) und Kaufmann Hanf (Leipzig).

die Reichswertzuwachssteuer.

Verichterstatter Rechtsanwalt Koshmana (Dresden) führt dazu aus:

Die Frage der Wertzuwachssteuer ist bereits auf dem Verbandstage in Dresden theoretisch behandelt worden. Praktische Erfahrungen gab es damals noch nicht. Nur willkürlich, vor allem von Prof. Wolf Wagner wurde ihre Einführungsmöglichkeit erörtert. Schon Dr. Paßl, auf dessen die Steuer nicht unbedingt ablehnende Ausführungen sich die Freunde derselben stützen berufen, forderte damals, daß nur wirklich unveränderter Wertzuwachs getroffen werden dürfe und daß jede andere Belastung des Grundbesitzes fallen müsse. Der Zentralverband hat bisher auf dem Standpunkt der bedingten Ablehnung der Steuer gestanden. Es muß diese Stellung dahin geändert werden, daß die Wertzuwachssteuer unbedingt abzulehnen ist. Es hat sich gezeigt, daß sich zwar theoretisch bedenkliche und unveränderter Wertzuwachs voneinander halten läßt, daß diese Scheidung in der Praxis aber unmöglich ist. Es läßt sich keine Formel finden, die den unveränderten Wertzuwachs so definiert, daß nicht Streitigkeiten, ärgerlichen Steuerprozessen für und vor Gericht werden. Und die Bestimmungen der Reichsgesetzgebung haben zu keinem Resultat geführt. Es steht nichts übrig, als jeden Wertzuwachs zu beladen. Die eigentlichen Spekulanten werden aber trotz aller Vorsichtsmaßregeln immer wieder durch

die Massen des Gesetzes schlingen. Durch die Wertzuwachssteuer wird nicht der unvertedte, sondern der berechtigte, angemessene Wertzuwachs belastet. Die Steuer ist solange abzulehnen, als keine ausreichenden theoretischen Voraussetzungen geschaffen sind. Zurzeit ist die Frage noch nicht hinreichend gelöst, weshalb man den Steuerpolitikern zurufen: Hände weg! Das ist unrettbares Ob!; Ihr verberbt euch und dem deutschen Volke damit den Magen. Man darf jedoch kein Optimist sein. Die Finanznot der Städte ist die Triebfeder zur ersten Einführung gewesen, die Finanznot wird auch das Reich zur Einführung drängen. Daß das Reich die Frage angeht, ist zu begrüßen. So lange die einzelnen Gemeinden nur die Steuer einführen, war eine Zusammenfassung der Kräfte des Grundbesitzes ausgeschlossen. Jetzt wird man sich erst der gewaltigen Kräfte des im Grundbesitz angelegten Kapitals fars. Wenn die Steuer doch Gesetz wird, was selber zu erwarten ist, so müssen wenigstens ihre ärgsten Härten beseitigt und beseitigt werden. Es selbst hätte an meinem unbedingten ablehnenden Standpunkte und bitte den Verbandstag, eine dahingehende Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Der zweite Berichterstatter Rechtsanwalt Beer (Berlin) sprach sich in gleichem Sinne aus und unterbreitete folgende Leitsätze:

1. In prinzipieller Festhaltung seines ablehnenden Standpunktes hinsichtlich der Einführung einer Wertzuwachssteuer bittet der in Braunschweig tagende 32. Verbandstag den Zentralverband des städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands den hohen Reichstag, zunächst in Erwägung zu ziehen, ob die von der Kommission des Reichstages ausgearbeitete Fassung des Entwurfs nicht einer nochmaligen Bearbeitung unter Zuziehung von Sachverständigen und von Interessenten aus den Kreisen der Hausbesitzer bedarf.

2. Sollten diese Erwägungen nicht durchgreifen, so bittet der Zentralverband, in dem vorliegenden Entwurf, wie er in der zweiten Fassung der Kommission formuliert worden ist, a) den § 57 Abs. 1 zu streichen, b) dem § 10 Abs. 4 hinzuzufügen: „Für die eigene, vom Besizer bei der Vermittlung zu leistende Tätigkeit wird eine Vergütung von 10 Proz. der Kaufsumme gewährt, c) in § 11 Abs. 4 an Stelle des 1. Januar 1885 den 1. Januar 1910 zu setzen und die Steuerpflicht erst mit der Veröffentlichung des Gesetzes beginnen zu lassen, d) die Ziffern 2 und 3 in § 49 Abs. 3 zu streichen.“

In der Debatte erklärt der Vorsitzende Justizrat Baumert: Er sei der Meinung, daß es ganz gut wäre, wenn das Gesetz käme, damit die steuerbeschaffenden Behörden einmal einsehen lernten, daß es auf diese Weise nicht weitergehen könne. Der Vorsitzende teilte weiter mit, daß der Vorstand beschloßen habe, im Winter eine Protokollversammlung der Hausbesitzer und der verwandten Berufe einzuberufen, in welcher gegen diese Steuer mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Sturm gelaufen werden sollte.

Schließlich wird die Resolution einstimmig angenommen. Am der Vorberatung über die Wertzuwachssteuer beteiligten sich Geh. Konsiliar Föhne (Leipzig), Stadtrat Werthe (Karlsruhe), Steuereinspektor Schlieper (Münster), Stadtratsordneter Cassel (Essen), Rechtsanwalt Bauer (Hamburg), Prof. Köhler (Stettin), Pauli (Frankfurt a. D.), Freiherr v. Reichenstein (Berlin) und ein Delegierter von Gelsenkirchen. Ein Teil der Redner vermaß die Steuer vollständig und brachte diesbezügliche Resolutionen ein, ein anderer Teil nahm eine abwartende Haltung ein. Im allgemeinen überwoog die Ansicht, daß die Hausbesitzer zunächst einmal mit ihrem Protest ernst machen müßten. Dazu sei vor allem nötig, daß die Protokollversammlung in Berlin gut organisiert werde. — Zu der Resolution der Referenten wurde noch ein

Zusatzantrag angenommen, den Rechtsanwalt Bauer (Hamburg) begründet und der lautet:

„Der Verbandstag hält an seiner grundsätzlichen Gegnerschaft hinsichtlich der geplanten Einführung eines Reichswertzuwachssteuergesetzes fest und begrüßt den Entschluß des Vorstandes betr. die Einberufung einer Protokollversammlung gegenüber dieser Vorlage mit Freuden.“

Es wurde beschloßen, diese Protokollversammlung für den Monat November einzuberufen.

Hierauf beschloßigte sich die Versammlung mit dem geplanten Starlxromwegegesech, über das Stadtrat Pabel (Guben) referierte. Die übrigen Angelegenheiten des heutigen Tages betrafen das Reichshauptversammlungstag vom 20. Juli 1899 und seine Reformbedürftigkeit, worüber Rechtsanwalt Strauß (München) referierte, sowie die Haftung des Vorbesizers für Hypotheken. Referent hierüber war Rechtsanwalt Ber (Berlin).

Morgen werden die Beratungen fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Wahl-Vorbereitungen im 1. anhaltischen Wahlkreis.

Als Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Anhalt I, den jetzt der fortschrittliche Abgeordnete Schaber inne hat,



halten, wie aus Deffau gemeldet wird, die Sozialdemokraten auf ihrer Landeskonferenz den Abgeordneten Wolfson gegen seine Berlin auf. Der ehemalige Vorwärtsredakteur Kurt Eisner-Würzburg, der für diesen Wahlkreis bereits in Aussicht genommen war, gab die Erklärung ab, daß er dies Amt wieder in die Hände der Auftragsgeber zurücklegen müsse wegen vermehrter schriftstellerischer Aufgaben, Verlegung seines Wohnsitzes von Würzburg nach München und wegen privater Verhältnisse. Wolfson seine hat die Kandidatur bereits angenommen. — Bei der letzten Wahl in Deffau erhielt Schröder 1918 Stimmen, sein sozialdemokratischer Gegner 1322. Seine Vertritt bisher den 3. Wahlkreis, der ihm rechtlich sicher war. Aufsehen erregte er den maßgebenden Männern von der Parteileitung dort unbenommen. Berlin soll offenbar von der „Post des Revisionismus“ geäußert werden.

### Die Politik des Reichskanzlers.

Obwohl der Reichskanzler bisher jede offizielle Stellungnahme zu den stehenden Fragen der inneren Politik vermeiden hat, hat er in engerem Kreise seine Ansichten präzisiert. Der Kanzler steht danach, wie der Berliner Korrespondent der „Kieker Neuesten Nachr.“ erfährt, auf dem Standpunkt, daß bei den nächsten Reichstagswahlen eine Mehrheitsbildung durch die linken Parteien, einschließlich der Nationalliberalen, ausgeschlossen sei. Ebenso sei ausgeschlossen die Ausschaltung des Zentrums, denn zu diesem Resultat sei ein absolut williges Zusammenarbeiten von Konservativen und Liberalen notwendig, das nach den Erfahrungen der letzten Monate nicht erwartet werden könne. Dagegen werde der Kanzler nach wie vor auf eine Verrückung der Liberalen an der Mehrheitsbildung großes Gewicht legen.

Der Kanzler hält also offenbar eine Mehrheitsbildung aus Konservativen und Zentrum für die gegebene Majorität aus den kommenden Reichstages und ist geneigt, unter Umständen auf die Hilfe der Nationalliberalen zu verzichten. Das ist übrigens die Politik, die Herr von Bethmann Hollweg schon seit seiner Inauguration verfolgt hat. Sie ist im Laufe der Zeit kaum besser geworden — wovon die Schwarzfahren des Herrn Reichskanzler sehr wohl überzeugt haben dürften!

### Die verkauften Linienfahrzeuge.

(Meldung unseres Kieker-Korrespond.)  
Kiel, 9. August.

Der Preis der an die Türkei verkauften Schiffe beträgt genau 15 Millionen Mark. Es ist aber berechnet worden, daß die beiden Schiffe heute mit 38 Mill. Mark zu hoch stehen werden, so daß die Türkei noch nicht die Hälfte der letztzeit veranschlagten Summen bezahlt. Die Bezahlung des Kaufpreises erfolgt innerhalb eines Jahres. Kredit ist von der Türkei nicht in Anspruch genommen worden. Die beiden Schiffe sind sofort aus dem Verband des 3. Geschwaders ausgetreten. Der Geschwaderstab ist von „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ auf „Wörth“ übergegangen. Für die verkauften Linienfahrzeuge sollen nach dem 1908 abgeänderten Flottengelei 1911 und 1912 Ersatzbauten gefordert werden. Alle vier Schiffe der Brandenburgflotte wurden im Frühjahr 1899 an die Bauwerften vergeben und kurz darauf auf Stapel gelegt. Da die gesetzliche Lebensdauer eines Linienfahrzeugs mit dem Jahre der Bewilligung der ersten Rate beginnt, so stand der Marineverwaltung schon in diesem Frühjahr das Recht zu, Ersatzbauten für die Brandenburgflotte zu fordern. Es wurde aber vorgezogen, zunächst die als Linienfahrzeuge nicht verwendbaren Küstenpanzerschiffe zu ersetzen. Dadurch verzögerte sich die Forderung von Neubauten für die Brandenburgflotte um ein bis zwei Jahre. Im nächsten Jahre steht für die verkauften Schiffe rechtlicher Ersatz zur Verfügung. Die Linienfahrzeuge „Kaiser Karl der Große“, „Kaiser Wilhelm der Große“, „Kaiser Wilhelm der II.“ werden bis dahin ihre Modernisierung beendet haben, und durch den im September d. N. vorgezogenen Eintritt der „Rheinland“ und der „Rosen“ in die Hochseeflotte kommen die Linienfahrzeuge „Wittelsbach“ und „Zähringen“, die ausbleiben werden, als geeignetes Material zur Formierung der Reserveflotte hinzu.

### Vom Streik der Werftarbeiter.

Aus Hamburg wird gemeldet: In der gestrigen Versammlung der streikenden Werftarbeiter schlug der Vorsitzende Otto Franz vor, die unorganisierten Arbeiter für die ersten Wochen des Kampfes nicht zu unterstützen, sondern sich die Verammlung einander zu erklären. Da die für Donnerstag angeordnete Ausrückung von 40—60 Werftarbeiter mit ziemlichem Bestimmtheit die völlige Arbeits einstellen nach sich ziehen wird, so sind erst dann weitergehende Maßnahmen der Arbeitgeber zu erwarten. Die Zahl der hiesigen Ausständigen ist nicht durch das Singutreten der Maurer vermehrt worden. Die Schiffsteiner und Maler im Hamburger Hafen sowie die Dockarbeiter der Hamburg-Amerika-Linie stellen heute die Arbeit ein wegen Verweigerung der Lohnserhöhung. Die Verhandlungen darüber wären schon seit dem Freitag. Es handelt sich hier also nicht um einen Sympathiestreik mit den Werftarbeitern.

### Frankreich und der Zarenbesuch in Friedberg.

Die Berliner Presse fängt bereits an, den kaum signifizierten Zarenbesuch in Friedberg und die damit verbundene Begegnung des Zaren mit Kaiser Wilhelm II. zu kommentieren. Die offizielle französische Presse bemüht sich, der vorstehenden Begegnung den selben Charakter jede politische Bedeutung zu nehmen. Es geht hervor, daß sich die Begegnung unmöglich vermeiden lassen, daß durch sie aber die Beziehungen Deutschlands zu Rußland ebensomöglich geändert würden, wie durch die vorjährige Zusammenkunft in den finnischen Gefäßen. — Das ist auch unsere Ansicht. Und es ist gut, wenn es nicht anders wird. Denn nur russischen Kaiserbesuchen hat das Deutsche Reich noch nie etwas profitiert.

### Der Diebenovner Strahl.

Man schreibt den „Leipz. N. N.“ aus Pommern: In den kleinen pommerschen Fischbädern Ost- und Berg-Diebenow hatten sich in diesem Jahre viele Karpfassen eingefunden.

gefunden. Dem Erzpriester Wölkel in Ewinemünde lag nun aber nicht allein das Seelenheil seiner Gläubigen an Herzen, seinen erfrigen Bemühungen ist es zu danken, daß ein Zufammenfluß der katolischen Badegäste unter dem Namen „Strandklub R. F. Diebenow“ ins Leben gerufen werden konnte. Auf dem Gebiete eröffnen sich in den Bädern ja recht dankbare Perspektiven.

## Parteinachrichten.

Der diesjährige Allgemeine Parteitag der national-liberalen Partei findet beabsichtigt am 1. und 2. Oktober in Kassel statt. Die Vorbereitungen dazu sind in vollem Gange. Die Einladungen zur Teilnahme an die nach den Sitzungen zu dieser Berechtigten, sowie die Aufforderung an die Organisationen zur Vornahme der Wahl sind dieser Tage hinausgegangen. Der erste Verhandlungstag am 1. Oktober dürfte durch eine Aussprache über die allgemeine politische Lage, an der Hand eines Referates des Herrn Abgeordneten Basseman, Gelegenheit zu einer gründlichen und nüchternen Aussprache bieten, als das durch mangelhafte Freisprechungen und in den eigenen Reihen wenig zu Ruh und Fortkommen der Partei in diesen Wochen beklagt ist. Der Tagung am 30. September eine Sitzung des Zentralvorstandes in Kassel voraus. Einladungen nebst Tagesordnung hierzu werden rechtzeitig hinausgehen.

L.C. Das Zentrum lotetiert so gern mit seinen demokratischen Neigungen. Auf dem Katholikentag, der vom 21. bis 28. August in Augsburg stattfinden soll, wird das Ehrenpräsidium aus folgenden „Kommännern“ bestehen: Maximilian Ritter von Ling, Bischof. Er. utr. Dr. Ruppel, Thronpräsident und Staatsrät, Comes Romanus, Bischof von Augsburg; Albrecht Fürst zu Dettingen und Cettingen-Spielberg, Kron-Oberhofmeister und erblicher Reichsrat, Dettingen in Schwaben; Karl Friedrich Fürst zu Cettingen-Oettingen und Dettingen-Ballerstein, erblicher Reichsrat der Krone Bayern, Wallerstein in Schwaben; Erwin Fürst von den Venen und zu Hohengeroldsdorf, Stabsbesitzer der bairischen Krone, Schloß Waal bei Buchloe; Bertram Fürst von Quadt-Weptadt-Isny, erblicher Reichsrat der Krone Bayern und Stabsbesitzer des Königreichs Württemberg; K. Bayer. Oberst à la suite D. A. auf Schloß Jann; Karl Emil Graf Fugger von Glött, erblicher Reichsrat der Krone Bayern, Oberndorf bei Donaueschingen.

### Worte und — Taten!

In mehreren Blättern wird berichtet, daß der Kaiser zur Einweihung des neuen Schlosses in Polen eine Rede halten wird, die besonders sorgfältig vorbereitet werde. Weiter wird angedeutet, daß der Inhalt der Rede den liberalen Freunden der Polen nicht gefallen werde. (Damit wird nichts verzeihen, als was sich aus der Sache von selbst ergibt.)

### Sozial- und Personalnachrichten.

In mehreren Blättern wird berichtet, daß der Kaiser zur Einweihung des neuen Schlosses in Polen eine Rede halten wird, die besonders sorgfältig vorbereitet werde. Weiter wird angedeutet, daß der Inhalt der Rede den liberalen Freunden der Polen nicht gefallen werde. (Damit wird nichts verzeihen, als was sich aus der Sache von selbst ergibt.)

## Ausland.

### Spaniens Schiffsaltskrise.

Trotz aller Meldungen von der Energie Spaniens dem Vatikan gegenüber lauten die neuesten Nachrichten über die Lage daselbst recht widersprechend. Einmal heißt es, die spanische Regierung sei zufrieden mit dem Verlauf der kirchlichen Bewegung, dann wieder in kommen Meldungen von der Entsendung harter Truppenmassen in die vom Aufruhr bedrohten Gegenden. Nordspanien, der Zug der Pyrenäen, hauptsächlich die Baskenlande sind es, wo das Ministerium Ganales seine reaktionärsten Gegner findet. Dort wohnen die unentwegten Anhänger Don Jaime's, des Erben des Don Carlos, und wer wollte leugnen, daß trotz aller Demütigungen von Seiten dieses Thronprätendenten, wenigstens die Idee des Carlismus in jenen Bergländern, aufgestachelt von fanatischen Priestern, die Köpfe erhitze? Im übrigen demotiert Don Jaime in der „Neuen Freien Presse“ die Meldung, daß der Kaiser Franz Josef seine Stellungnahme zu den Vorgängen in Spanien mißbilligt habe, und behauptet, seine Handlungsweise sei stets im Einklange mit Oesterreichs Gastfreundschaft geblieben, die er auf seinem vom Grafen Chambord (Heinrich V.) geerbten Schloß Frozsborg genieße. Er hat leicht demotieren: geheimnisvolle politische Fäden aus der Ferne zu spinnen, ist eine Kunst, in welcher der Erbe einer in allen politischen und diplomatischen Ränken erfahrenen Dynastie seinen Ahnen gewiß nicht nachsehen wird. Wogu hat Don Jaime Anhänger, auf die er sich unbedingt verlassen kann? Sie befragen seine Gefährten auf den Inseln, nach außenhin kaum erkennbaren Wind besser, als wenn er selbst sich energisch engagiert.

Vorläufig — hoffentlich auch fernherin — scheint die spanische Regierung in ihrer Politik Erfolge zu haben. Der Vatikan erklärte, es seien verkehrsmäßige Schritte, die in die Welt hinauszuwärtigen, die Demonstrationen seien vom Vatikan vorbereitet, und der Anblick der spanischen Truppen hat eine heilsame Wirkung bei den Rebellen hervorgerufen. Trotzdem wird man nicht umhin können, die Lage in Spanien für Dynastie und Ministerium als nicht gerade erfreulich zu bezeichnen, und so beschäftigt sich denn auch die Regierung noch wie vor eifrig mit dem Aufruhr. Dazu kommen unerquickliche wirtschaftliche Verhältnisse: in und um Bilbao herrscht ein Streik, auf dessen friedliche Beilegung die Regierung immer noch hofft. Wie es heißt, soll es Canalejas gelingen sein, Konzeptionen seitens der Arbeitgeber zu erlangen.

Vor eine Kraftprobe steht sich der kühne Ministerpräsident Spaniens gestellt, und er geht nicht zu bestehen. Allerdings, er schreitet auf einem gefährlichen Wege; doch dieser führt aufwärts! Schon beginnt sich ein Umschwung in der öffentlichen Meinung des lange geschichteten Landes bemerkbar zu machen. Wie Freunde des Cists ihren Blick um Canalejas, und die Zukunft wird und muß ihm gehören.

### Ein politischer Mord.

Montag nachmittag erstlich in einer belebten Straße Krakaus ein gewisser Stanislaus Trubnowski dem Beamten des polnischen Volksklubvereins Rybak. Eine große Menschenmenge, die die Szene mitangesehen hatte, hieb mit Steinen und Schirmen auf den flüchtenden Trubnowski ein, misshandelte ihn durch Fußtritte und Faustschläge und zerriß ihm die Kleider, bis er sich Gehör verschaffen konnte und ausrief: „Schlagt mich nicht! Ich habe

einen Spion erschossen, der viele hundert Anschuldigung nach Sibirien gebracht hat.“ Auf Rybaks Befehl erklärte Trubnowski, er habe die Ermordung eines in Warschau vollzogen. Rybak sei ein verführerischer Spion und Agent provocateur im Dienst der Österran gewesen, er sei eigens vor zwei Jahren nach Krakau gekommen, um hier sein Handwerk auszuüben. Der Attentäter erklärte, keinerlei Rache über seine Tat zu empfinden.

### Zur Lage in Mazedonien.

(Militärische Einberufungen in Bulgarien.)

„Matin“ bringt aus Sofia folgende Meldung: Die bulgarische Regierung ist mehr denn je entschlossen, mit größter Energie in die mazedonischen Fragen einzugreifen. Sie hat bereits an die Kabinett der Mächte Vorschläge geschickt, worin sie sich bereit erklärt, die Kräfte der Mazedonien einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen. Sie äußerte sich folgendermaßen: Wenn die Anschuldigungen über die Veruntreuung der Gelder sich als begründet erweisen und wenn die Ausschreitungen der Jungtürken fortbauern, wenn andererseits das türkische Kabinett neue Vorschläge ablehnt, so ist es Pflicht Bulgariens, einzugreifen und diesen unzulässigen Zuständen ein Ende zu machen, gleichviel ob es dabei um die inneren Angelegenheiten der Türkei handelt. „Matin“ meldet weiter aus Sofia: Die Regierung ist entschlossen, 60 000 Mann unter die Fahne zu heben, anlässlich der Wahlen, welche vom 13.—19. Sept. in der Umgebung von Jambolo stattfinden. — König Ferdinand ist wieder in Sofia eingetroffen.

### Kleine Tagesnachrichten.

Der Dumaspräsident Guichow ist auf Verlangen des Zaren aus der Haft entlassen worden. Er hatte wegen eines Duells eine längere Haft in der Peter-Paul-Festung angetreten. Ein neuer portugiesischer Zolltarif. Infolge Drängens der Industriellen wird die portugiesische Regierung dem Parlament einen neuen Zolltarif vorlegen, der auf Grund der Tabellen A. und B. des deutschen Vertrages zusammengestellt ist.

Der Kampf in Teheran. Infolge Drängens der Industriellen wird die portugiesische Regierung dem Parlament einen neuen Zolltarif vorlegen, der auf Grund der Tabellen A. und B. des deutschen Vertrages zusammengestellt ist.

Aus Teheran wird gemeldet: Die Besichtigung des Attentatortes ergab, daß die Besichtigung doch recht nachdrücklich gewesen war. Das Schloß ist sehr stark mitgenommen worden. Der Sturm erfolgte durch die Bombardierung und einem Maschinengewehr. Die genaue Verluste sind fünf Tote und 12 Verwundete auf Seiten der Mazedonier, 13 Tote und 25 Verwundete bei den Muzulmans. Sattar Khan ist schwer verwundet worden.

### Kongresse und Verbandstage.

### 23. Hauptversammlung des Zentralverbandes für Handel und Gewerbe.

(Nachr. verb.) S. & H. Wannen, 8. Aug. Unter größtenteilsiger Beteiligung von Delegierten und Ehren-gästen aus allen Teilen Deutschlands trat hier in der „Concordia“ der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe mit dem Sitz in Leipzig zu seiner 23. ordentlichen Hauptversammlung zusammen. Der Vorsitz führte Stadt- und Seifert (Leipzig). Er begrüßte die Erschienenen, namentlich die Ehrengäste, darunter die Vertreter der Städte des Wuppertals, sowie die Abgeordneten Oberlehrer Ling (Str.), Oberlandesgerichtsrat Roeten (Str.), Generalsekretär Dr. Pieper (Str.) und Dr. Gantert (Str. Ap.), ferner die Vertreter der Handelskammern von Wannen, Ebersfeld, Düsselshof und Sagen und die Vertreter einiger kaufmännischer Interessenverbände.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Beteiligung von Leipzig an der Reichshandels- und Gewerbeausstellung, wofür der Reichshandels- und Gewerbeausstellung eintrag. Landrichter a. D. Rechtsanwalt Gahn (Wannen) behandelte die Schutzvereinigungen für Handel und Gewerbe und den unlauteren Wettbewerb, insbesondere das Anwesenkaufsmessen. Die Verammlung nahm hierzu eine Resolution an, in der den lokalen Vereinigungen der Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb insbesondere das Anwesenkaufsmessen energisch zur Pflicht gemacht wird. Die Vereinigungen sollen gehalten sein, Berichte über ihre Tätigkeit der Zentralstelle einzusenden.

### Luftschiffahrt.

### Erfolgreiche Flüge.

Antwerpen, 9. Aug. Der Aviatiker T. H. A. welcher auf der Fahrt nach Antwerpen am Sonntag bei Capelle hatte landen müssen, setzte gestern seine Fahrt nach Antwerpen fort. Um 4 Uhr nachmittags traf er über der Stadt ein. Umflog mehrere Male, von vielen tausend Menschen lebhaft begrüßt, den Turm der Kathedrale und verfuhr dann schon längere Zeit in den Lüften. Er landete dann auf einer Mauer der Höhe von etwa 3—400 Metern gefahren. — Der Aviatiker F. S. E. traf am Sonntag ebenfalls mit einer Person an Bord hier ein und landete auf dem Flugfeld C. Er war in bester Verfassung.

Paris, 9. Aug. Die Deutnants Crosnier und Joffe wollten gestern einen Helikopter Landflug ausführen. Bald nach dem Abflug machte der Motor des Apparates eine kurze Störung, in einer Höhe von 25 Metern ein Flugzeug zu Boden. Deutnant Crosnier hat ein Bein und den Interkieser gebrochen, während Deutnant Joffe unversehrt blieb. London, 9. Aug. Der englische Luftballon „Veritas“ erlitt gestern einen Unfall, der verhältnismäßig glimpflich abging. Während der Fahrt über Woodham riss eine der Ketten, die die Übertragung für die Propeller bilden. Der Luftballon fiel sehr schnell und fiel beim Heruntergehen gegen mehrere Bäume, wobei die Ballonhülle etwas eingebrückt wurde und viel Gas verloren ging. Der Führer des Ballons hat jedoch keinen Schaden erlitten.



